

Redevorlage Steffen Lemme für die Begrüßung auf der START VA „Ungewisse Zukunft für ArbeitnehmerInnen“ – Herausforderungen für eine arbeitsorientierte Forschung und Beratung in Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Vereinsvorsitzender von START e.V. begrüße ich Sie/Euch ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung, die der wir anlässlich unseres 15jährigen Bestehens durchführen und die wir unter das Thema „Ungewisse Zukunft für ArbeitnehmerInnen?! – Herausforderungen für eine arbeitsorientierte Forschung und Beratung in Thüringen“ gestellt haben.

Auf der ‚Thüringer Zukunftskonferenz‘ vor einigen Wochen hat Wirtschaftsminister Reinholz formuliert, dass die Wirtschaft in Thüringen in den letzten zwei Jahrzehnten überaus erfolgreich gewesen sei. Das mag aus Unternehmenssicht auch so stimmen. Aus Beschäftigtensicht ist die Bilanz der letzten Jahre dagegen deutlich durchwachsener:

- So hat von 2000 auf 2008 – und das war ja ein sogenanntes Boomjahr – ein Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Thüringen um gut 10% auf nur noch 737.000 Beschäftigte stattgefunden.
- Gleichzeitig haben wir eine starke Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen zu verzeichnen und
- Gut 300.000 Thüringerinnen und Thüringer arbeiten mittlerweile im Niedriglohnbereich.
- Nicht zuletzt deshalb bildet Thüringen seit Jahren das Schlusslicht in der bundesdeutschen Lohn- und Gehaltsskala und liegt beim Bruttodurchschnittslohn bei nur gut 70% des Wertes für Westdeutschland. Dies bestätigt das neueste vorliegende IAB-Betriebspanel auch noch einmal für 2008.
- Schließlich bewegt sich – bezogen auf das bundesdeutsche Durchschnittseinkommen – das Armutsniveau in Thüringen auf einem sehr hohen Niveau: 2006 waren demnach 18% aller Thüringerinnen und Thüringer, d.h. jede/r sechste, arm. Bei den Kindern waren es sogar 24%. D.h. jedes vierte Kind in Thüringen muss in Armut aufwachsen.

All dies hat schon in den letzten Jahren bei vielen Menschen und gerade auch bei vielen ArbeitnehmerInnen zu Verunsicherungen und sozialen Abstiegsängsten geführt. Und jetzt kommt noch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu, die von vielen Experten als die schwerste Krise in der Geschichte der Bundesrepublik eingestuft wird. Erwartet wird ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in 2009 um sechs Prozent und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in 2010 auf bis zu fünf Millionen Menschen.

In Thüringen müssen wir bereits in vielen Industriebranchen einen heftigen Umsatzeinbruch beobachten. Auf dem Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen zwar bislang noch eher verhalten, der deutliche Anstieg der Kurzarbeit im Jahresvergleich um mehrere hundert Prozent lässt für die Zukunft jedoch nichts Gutes erwarten. Und schon die Kurzarbeit selbst bedeutet gerade für Menschen mit niedrigem Lohn oft ein Abhängigwerden von staatlichen Transferleistungen.

In dieser Situation sind die betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen in besonderer Weise gefordert. Betriebsräte müssen z.B. die wirtschaftliche Unternehmenssituation qualifiziert beurteilen können, um auch unter wirtschaftlichem Druck konkrete Vorschläge zur Beschäftigungssicherung und Unternehmensentwicklung unterbreiten zu können. Sie müssen mögliche betriebliche Umstrukturierungen begleiten und einen konstruktiven Dialog zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft ermöglichen, um sozialverträgliche Lösungen zu finden. Und auf der überbetrieblichen Ebene wird es u.a. darum gehen, an der gesellschaftlich sinnvollen Ausgestaltung eines u. E. unumgänglichen öffentlichen Beschäftigungsbereiches mitzuwirken.

Wie ist also die bisherige und zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung aus durchaus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beurteilen? Welche Auswirkungen sind damit für die abhängig Beschäftigten verbunden? Welche wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Strategien sind in der Krise sinnvoll? Welche Rolle sollen und können dabei betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen im Lande spielen?

Ich freue mich sehr, dass wir für eine fundierte Diskussion dieser Fragen Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre als Referenten sowie namhafte Parteienvertreter und -Vertreterinnen für die anschließende offene Podiumsdiskussion gewinnen konnten, die von Herrn Carsten Rose von Radio FREI moderiert werden wird.

Gestatten Sie mir vorab aber anlässlich des 15jährigen Bestehens von START e.V. noch einen kurzen Blick auf sein Wirken.

Gegründet wurde START vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, um über Beratung, Qualifizierung und anwendungsorientierte Forschung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen bei der Mitgestaltung betrieblicher und regionaler Entwicklungen mit dem Ziel zu unterstützen, dass ihre Interessen hierbei stärker berücksichtigt werden.

Die Arbeit des Vereins wurde zunächst durch eine Förderung von Seiten des Landes Thüringens ermöglicht. Damit war eine Struktur geschaffen, die sich in den alten Bundesländern bereits bewährt hatte und dort ebenfalls durch die jeweiligen Landesregierungen unterstützt wurde und wird. Dementsprechend ist START auch Mitglied im bundesweiten Netz der Technologieberatungsstellen des DGB und ich freue mich sehr, dass der Kollege Ronald Westheide von BEST – der Beratungsstelle für sozialverträgliche Technologiegestaltung im Saarland heute angereist ist und für das Netzwerk ein Grußwort halten wird.

START hat dann in den Folgejahren zahlreiche Forschungs- und Gestaltungsprojekte zu Fragen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung, der Berufsbildung, des Gesundheitswesens und der Regionalentwicklung durchgeführt, aus denen u.a. Handlungsleitfäden für Betriebs- und Personalräte resultierten. Fördermittelgeber waren Stiftungen sowie Landes und Bundesministerien und die EU.

Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Projekte und natürlich zu wirtschaftlichen Angelegenheiten im Betrieb fanden zwischen 1994 und 2004 knapp 500 Beratungen und Qualifizierungen für Betriebs- und Personalräte sowie ArbeitnehmerInnen statt. Dabei konnten in vielen Fällen Impulse für die Entwicklung zukunftsfähiger Unternehmenskonzepte gegeben werden.

Im Jahre 2001 wurde START auf Wunsch der Landesregierung einer Evaluation durch die Friedrich-Schiller-Universität Jena unterzogen. Diese attestierte START eine gute bis sehr gute Arbeit und schrieb dem Verein u.a. eine wichtige und von allen Seiten akzeptierte Mittlerrolle zwischen wissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen zu.

Die Evaluation weist abschließend auf die Notwendigkeit einer Grundfinanzierung für START hin, da es für Beratung, Qualifizierung und Forschung für betriebliche Interessensvertreter und Funktionsträger der überbetrieblichen Mitbestimmung u.a. aufgrund der extrem kleinteiligen Wirtschaftsstruktur Thüringens keine ausreichende zahlungskräftige Nachfrage gäbe.

Trotzdem wurde Ende 2004 die Förderung vom Land Thüringen für START e.V. eingestellt. Und das, obwohl START im Schnitt für jeden Euro Landesmittel noch einmal 50 Cent an Drittmitteln eingeworben hatte.

Die Einstellung der Landesförderung hat unsere Arbeit natürlich nicht einfacher gemacht. Gleichwohl führen wir gegenwärtig in zwei wichtigen arbeitspolitischen Feldern Gestaltungsprojekte durch:

Zum einen handelt es sich dabei um das vom Land Thüringen und dem ESF geförderte Projekt **Nachhaltige Alternspolitik im Betrieb**. Im Rahmen des Thüringer Netzwerkes Demografie will START e.V. damit einen Beitrag leisten, die notwendige Einbeziehung der Belegschaften in die Planung und Umsetzung von altersgerechten Arbeitsstrukturen und Personaleinsatzstrategien im Betrieb zu verbessern.

Zum anderen handelt es sich um das Projekt **Integration Zeitarbeit und sozialverträgliche Kompetenzentwicklung**, das als Bestandteil des Verbundprojektes ‚Bildungszeit‘ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. START nimmt hierbei die Rolle ein, Interessenlagen von Beschäftigten und potenziellen Beschäftigtengruppen zu erheben, darauf aufbauend Anforderungen an eine sozialverträgliche Qualifizierung und Integration in der Zeitarbeit zu formulieren und deren Umsetzung zu evaluieren.

Beratungen und Qualifizierungen von Betriebs- und Personalräten können wir ohne Landesförderung allerdings nur noch gegen entsprechendes Entgelt anbieten, weshalb es zu einem deutlichen Rückgang unserer Beratungsfälle gekommen ist. Gleichzeitig wissen wir aus vielen Untersuchungen und eigenen Erfahrungen, dass bei betrieblichen Interessenvertretungen nach wie vor ein hoher und gerade in der Krise tendenziell steigender Unterstützungsbedarf besteht. Insofern ist unser ursprünglicher Vereinszweck keineswegs obsolet geworden, allein die Umsetzung ist unter den gegebenen Bedingungen kaum mehr leistbar.

Deshalb werden wir nicht nachlassen, ganz im Sinne der Evaluationsaussagen die Wiederaufnahme einer Grundfinanzierung von START e.V. durch das Land Thüringen einzufordern.

Denn sowohl die betriebliche wie auch die überbetriebliche Mitbestimmung sind wichtige Elemente der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik. Sie vermitteln und stärken die demokratische Beteiligung und Orientierung der BürgerInnen. Sie nachhaltig zu fördern, geht somit über das (allein für sich schon berechtigzte) Interesse hinaus, die arbeitnehmerorientierten Belange kompetent einbringen zu können. Dies ist in den neuen Ländern von besonders hoher Bedeutung, da es hier nach wie vor einen hohen Anteil von Betrieben gibt, in denen Betriebsräte noch nicht gegründet wurden. Aber auch dort, wo es sie gibt, sind sie häufig mit den hohen Anforderungen überfordert und nutzen bestehende Mitbestimmungsmöglichkeiten oft nicht. Dies gilt es gerade in der auf uns zu rollenden Krise zu ändern.

Damit genug der Vorrede. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche uns eine anregende Diskussion und übergebe das Wort an den Kollegen Westheide und danach die Moderation an Herrn Rose.